

## Gemeinderat von Zürich

18.08.04

## Postulat

von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich bei Bund und Kanton dafür einsetzen kann, dass die Einführung eines Road Pricing in der Schweiz verhindert werden kann.

GR Nr. 2004/ 411

## Begründung:

Ein Road Pricing löst die Verkehrsprobleme nicht, sondern ist eine zusätzliche Gebühr; unter dem Deckmantel der sogenannten Verursachungsgerechtigkeit und der Staubekämpfung würden damit im nachhinein Fehlplanungen, Unterlassungssünden und die Verhinderungspolitik sanktioniert. Auch für einen Pilotversuch müsste die Bundesverfassung, welche eine gebührenfreie Benutzung der Strassen fest schreibt, geändert oder mit Ausnahmen - welche von der Bundesversammlung zu bewilligen wären - durchlöchert werden. Der Weg zur Gebührenpflicht auf den Autobahnen über die Vignette hinaus wäre kurz. Dass man im Tiefbaudepartement der Stadt Zürich offenbar eine Ausweitung der Road Pricing Idee auf die ganze Agglomeration Zürich fordert, belegt diese Tendenz ebenso, wie die positive Einstellung im UVEK zur Einführung eines Road Pricing.

Die dabei in die Diskussion gebrachten scheinbar positiven Erfahrungen im Ausland mit dem Road Pricing verfälschen die Wirklichkeit, da dort das Road Pricing teilweise Bestandteil einer insgesamt verfehlten Verkehrspolitik ist und die negativen Erfahrungen, die im Ausland auch gemacht werden, unterschlagen werden.

Auch weil es möglich ist, dass das UVEK gerne auf Vorstösse aus Gemeinden und Kantonen wartet, um mit einer scheinbaren Legitimation von der Basis eine entsprechende Verfassungsänderung oder Ausnahmen in die Wege zu leiten, ist es wichtig, dass sich der Stadtrat bei Kanton und Bund rechtzeitig dafür einsetzt, dass eine verfehlte Verkehrspolitik mit Road Pricing auf allen drei Ebenen - Bund, Kanton und Gemeinde - nicht eingeführt wird.

Antrag auf dringliche Behandlung

B.

